

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

3.9.1931 (No. 204)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Preis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweise Beitreibung und Kontostundenläufen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Untervorteilte Druckarbeiten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Willkürhaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Was werden die Länderverordnungen bringen?

Die Vorschläge des Reichsfinanzministers
Die Richtlinien, die der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden an die Landesregierungen in einem Rundschreiben verfaßt hat, enthalten neben der Aufhebung von langfristigen Verträgen mit hochbezahlten Angestellten noch eine ganze Reihe von Einzelempfehlungen für Ersparnisse bei Ländern und Gemeinden.
Für die Personalersparnisse empfiehlt der Reichsfinanzminister u. a. Kürzung der Besoldung, Herabsetzung des Honorars bei den Pensionen usw. In erster Linie wird die Angleichung an die Reichsbesoldung erstrebt. Dazu gehört auch die Beseitigung günstigerer Eingruppierung oder zu günstiger Festsetzung des Besoldungsdienstalters, die Beseitigung oder Kürzung von Zulagen oder Nebenbezügen, Wegfallvermerke bei Beamtenstellen, Umwandlungsvermerke bei Beförderungsstellen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Revision der Urlaubsbestimmungen, Herabsetzung oder Streichung von Notstandsbeihilfen, Unterstufungen usw., Zurückhaltung bei der Ausgabe von Mitteln für Ausbildung und Fortbildung von Beamten. Am Meisten zu ersparen, sollen die Verwaltungsgebäude stärker ausgenutzt werden.
Ferner schlagen die Richtlinien vor, daß Bauten unterlassen werden, wenn die Mittel für die Wohlfahrtsverbandsstellen nicht voll vorhanden sind. Auch hält es der Reichsfinanzminister für angezeigt, den Neubau von Hotels, Gaststätten, Pensionen, Theatern, Kinos und ähnlichen Dingen mit hohen Verwaltungskosten oder sonstigen Lizenzgebühren zu belassen.
Für das Unterrichtswesen wird die Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl, die Einengung der Freistellen, die Einschränkung der Ausgaben für Stipendien usw. empfohlen.
Wegen einer Justizreform will sich der Reichsfinanzminister mit dem Reichsjustizminister in Verbindung setzen. Er hat aber jetzt schon den Ländern, eine Herabsetzung der Notaratsgebühren an, um dadurch Ersparnisse für die öffentliche Hand und für die Wirtschaft zu erwirken.
Wegen der Ersparnisse an den Fürsorgekosten berweist der Reichsfinanzminister auf die Richtlinien des Städtetages. Im übrigen empfiehlt er den Ländern und Gemeinden Abschlagszahlungen auf ihre kurzfristigen Kredite. Länder und Gemeinden müßten selbst Schuldentilgungspläne aufstellen, die die Abdeckung aus laufenden Mitteln in den nächsten Jahren gewährleisten.

Zur Wohlfahrtsverbandsstellenfürsorge heißt es zum Schluß: Bei der Lage des Reichs werde ich außerstande sein, den Ländern und Gemeinden, außer etwa in Fällen einer Umschulungsaktion oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Wohlfahrtsverbandsstellenfürsorge, eine finanzielle Hilfe zu leisten. Ich muß aber schon jetzt darauf hinweisen, daß ich auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtslasten nur dort unterstützend eingreifen werde, wo sowohl im Lande, als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Etatsausgleich Erforderliche getan worden ist.

Dietrich über die Aufgaben der Zukunft

Bauen und Hausbesitz
Auf einer Kundgebung der Staatspartei in Berlin sagte Reichsfinanzminister Dietrich u. a. folgendes: Die Aufgaben der Zukunft liegen erstens in der Ordnung der Verschuldung Deutschlands, die in eine langfristige umgewandelt werden muß; zweitens in der Gestaltung der Kapital- und Geldwirtschaft im Innern und drittens in der Ordnung der Finanzen der Länder und Gemeinden. In der Frage der auswärtigen Verschuldung sind wir durch den Bericht des Wasser Komitees insofern ein Stück weiter gekommen, als darin anerkannt ist, daß man nicht große Zahlungen von Schuldzinsen verlangen kann, wenn man sich gleichzeitig gegen die Abnahme ihrer Werten, mit denen sie allein zahlen können, absperrt. Es ist auch anerkannt, daß diese Frage untrennbar zusammenhängt mit der Frage der Reparationen, und damit ist die Grundfrage zu einer Neuordnung gelegt.
In der Kapital- und Geldpolitik, die ein Teil der gesamten Wirtschaftspolitik ist, wird man die Deflation nicht künstlich fördern dürfen. Eine weitere Verstärkung der Kaufkraft des Geldes würde dazu führen, daß eine immense Wirtschaftserstarrung vernichtet wird, weil sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. Es ist zu begrüßen, daß die Reichsbank den Diskont heruntergesetzt und durch die Erklärung, daß sie Warenwechsel unbeschränkt herinnimmt, soweit sie ihren Ansprüchen genügen, einer weiteren Herabdrückung des Geldumlaufes entgegenarbeitet. Das ist umso notwendiger, als viel Geld törichterweise gehamstert wurde, obwohl wir nicht in einer Zeit leben, in der das Geld zu verfallen droht, sondern in einer Zeit, in der die Kaufkraft des Geldes zu groß zu werden droht. Es kommt vor allen Dingen darauf an, das verfügbare Kapital und Geld den selbständigen Unternehmern kleineren, mittleren und größeren Stills zuzuwenden, damit diese, die die eigentlichen Träger unseres Wirtschaftssystems sind, aufrecht erhalten bleiben.
Zur Arbeitslosenfrage führt der Minister aus, daß die Bauwirtschaft und deren Erliegen einen Hauptteil der Arbeitslosigkeit hervorgerufen habe. Man kann aber nicht den Güterverbrauch in der bisherigen Art fortführen, weil man sonst den Wirtschaftserfolg völlig entwertet. Der Hausbesitz soll lebensfähig gelassen werden. Bauen soll man da, wo es vom Standpunkt der Produktion aus zu verantworten ist, nämlich auf dem Lande zur Herstellung von Siedlungen aller Art.

Letzte Nachrichten

Die deutsch-österreichische Zollunion vor dem Europa-Ausschuß

Österreich wird das Zollunion-Projekt nicht weiter verfolgen

BRN, Genf, 3. Sept. (Tel.) Der Europa-Ausschuß (Studienausschuß für die Europa-Union) ist heute vormittag unter dem Vorsitz des auf französischen Vorschlag gewählten schweizerischen Bundesrats Motta, zu seiner vierten Tagung zusammengetreten. Außer England und Frankreich, die durch Lord Robert Cecil bzw. Francois Boncet vertreten sind, haben die meisten europäischen Staaten wie bisher ihre Außenminister entsandt. Von den europäischen Nichtmitgliedern des Völkerbundes sind, wie zu der letzten Tagung, Sowjetrußland und die Türkei erschienen. Außerdem sind Beobachter Japans und Chinas anwesend.
Der Europa-Ausschuß hat zunächst in nichtöffentlicher Sitzung eine Reihe interner Angelegenheiten beraten.
Gleich zu Beginn der öffentlichen Sitzung des Europa-Ausschusses ergriff der österreichische Außenminister Dr. Schober das Wort zu einer Rede, in der er auf die zu dem Bericht der Sachverständigen beruhende Frage der Zollunion zu sprechen kam. Dr. Schober betonte: Mit Rücksicht auf die seither eingetretenen Umstände habe sich die österreichische Regierung mit der deutschen Regierung über die einzunehmende Haltung verständigt.
Es habe sich ergeben, daß aus der Durchführung des Projekts Schwierigkeiten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit für die europäischen Staaten entstehen könnten. Die österreichische Regierung teile demgemäß ihren Entschluß mit, das Projekt der Zollunion nicht weiter zu verfolgen in der Hoffnung, daß dadurch dem Gedanken einer konstruktiven Zusammenarbeit gedient und eine Stimmung für ein vertrauensvolles Verhältnis der europäischen Staaten geschaffen werde.
Dr. Schober schloß mit der Anregung, daß ein Interimsbeschluß mit dem Auftrage eingeseht werde, die wesentlichen Elemente einer Zollunion in einem Statut zusammenzufassen. Die Rede wurde von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen.
Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius, der im weiteren Verlaufe der Sitzung des Europa-Ausschusses das Wort ergriff, begann mit einem Hinweis auf die schwere Not, unter der jetzt so viele Länder leiden, und von der vor allem Deutschland bedrückt werde. Er hoffe, daß darüber während der Genfer Tagung noch eingehend gesprochen werde. Vorläufig wolle er sich darauf beschränken, zu den konkreten Fragen zu sprechen, die den Gegenstand des Berichts des Koordinationskomitees bildeten. Dr. Curtius ging anschließend auf den Vorschlag des Präferenzsystems für Getreide ein und erklärte u. a., daß das System der Meistbegünstigung für die europäische und für die Weltwirtschaft die Grundlage des Güteraustausches bleiben dürfte.
Zu dem Bericht des Komitees der wirtschaftlichen Sachverständigen übergehend, erklärte der Minister, daß die deutsche Regierung der Verwirklichung dieses Berichts, der in der Wirtschaftsgeschichte Europas einmal als Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung gelten könne, jede Unterstützung leihen werde. Der Bericht sehe als wichtigstes, eigentlich als einziges Mittel für eine durchgreifende Besserung der europäischen Wirtschaft die wirtschaftliche Annäherung, den wirtschaftlichen Zusammenhalt an. Der Wirtschaftsausschuß habe nicht geögert, auszusprechen, daß er als Endziel dieser Entwicklung den Abschluß von Zollunionen ins Auge fasse. In diesem Jahre habe der Gedanke der absoluten Notwendigkeit des engeren wirtschaftlichen Zusammenhanges der europäischen Länder so große Fortschritte gemacht, daß ein solcher Bericht entstehen konnte. Er hoffe, daß die jetzige Welle stark genug sein werde, auch die Regierungen über alle Hemmungen und Bedenken hinweg dem aufgesetzten Ziele entgegenzutragen.
(Die Ausführungen des Ministers über die Zollunion liegen bei Schluß der Redaktion noch nicht vor.)

Der Reichskanzlerbesuch bei dem Chef der Reichswehr

M. Berlin, 3. Sept. (Priv.-Tel.) Zu der Begegnung des Reichskanzlers mit dem Chef der Reichswehr wird an zuständiger Stelle erklärt, daß Dr. Brüning lediglich auf dem Wege nach Stuttgart in Wildbad dem General einen Freundschaftsbesuch abgestattet habe, der keinerlei politische Bedeutung hatte.

Bekanntgabe des Zollunion-Schiedsvertrags am Samstag

BRN, Haag, 3. Sept. (Tel.) Der Beginn der öffentlichen Sitzung, in der die Haager Entscheidung im Rechtsstreit um die deutsch-österreichische Zollunion bekanntgegeben wird, ist vom Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes endgültig auf Samstag vormittag 10 Uhr festgesetzt worden.
Der Außenminister des „Echo de Paris“ behauptet zu wissen, daß das Urteil des Haager Gerichtshofes unanfällig für Frankreich ausgefallen sei.

Die Finanzlage der Stadt Karlsruhe

Oberbürgermeister Dr. Finter, der am Montag von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, war so freundlich, auf Wunsch einem Redaktionsmitglied der „Badischen Presse“ in einer längeren Unterredung Auskunft zu geben über die Entwicklung der Gemeinde-wirtschaft und der Pläne des Stadtrats über die Deckung des Defizits im städtischen Haushalt.

Der Oberbürgermeister glaubt feststellen zu können, daß die Stadt Karlsruhe dank der vorsichtigen Geschäftsführung ihrer Verwaltung und der schon frühzeitig angewandten Sparmaßnahmen trotz der Not der Zeit alle Schwierigkeiten zu überwinden vermochte. Trotzdem wäre es falsch, sich in Sicherheit zu wiegen.
Nach einem im Juli aufgestellten Status war mit einer Verschlechterung des städtischen Voranschlags in Höhe von 2 503 000 RM. zu rechnen, der auf der anderen Seite eine Verbesserung von 1 700 000 RM. entgegenstand. Man glaubte damals, mit einer hundertprozentigen Erhöhung der Bürgersteuer und der Einführung einer Getränkesteuer den Ausfall decken zu können.

Die Verschlechterung des Voranschlags ist zurückzuführen auf folgende Posten:

Anwachsen der Ausgaben des Fürsorgeamts um	750 000 RM.
Einnahmerückgänge der Straßenbahn	300 000 RM.
Weniger Einnahmen der Abwehrgesteuern	570 000 RM.
Ausfälle an Grund- und Gewerbesteuer	150 000 RM.
Ausfälle an Grunderwerbssteuer	90 000 RM.
Ausfälle an Zubachssteuer	60 000 RM.
	1 870 000 RM.

Diese Verschlechterung des Etats von 1 870 000 RM. hat durch die Notverordnung, insbesondere durch die Aufbürdung der Kosten für die Schulen, eine weitere Erhöhung erfahren, die sich für Karlsruhe auf circa 530 000 RM. bezieht. Obgleich durch die Gehaltskürzungen rund 290 000 RM. erspart werden konnten, entstand durch die Notverordnung ein weiterer Verlust von 245 000 RM. Trotzdem hoffte man, mit der Verdoppelung der Bürgersteuer und Einführung der Getränkesteuer auskommen zu können.

Inzwischen aber hat sich das Bild wesentlich geändert

Infolge der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage mußte mit einem weiteren Minderertrag der Einnahme aus Abwehrgesteuern gerechnet werden. Ebenso mit weiteren Ausfällen bei der Grund- und Gewerbesteuer.
Eine weitere Gefahr für den städtischen Etat ist aufgetreten durch den Plan des Abbaus der Gebäudesondersteuer. Die Stadt Karlsruhe muß rund 800 000 RM. an Gebäudesondersteuern an das Land abführen, und als Ersatz für die gesenkte Realsteuer nur 189 000 RM. in Anrechnung bringen.
Daß auch der Rückgang der Abwehrgesteuern den Etat der Stadt auf das Ungünstigste beeinflusst hat, ist daraus zu ersehen, daß die Stadt Karlsruhe im Jahre 1928 aus diesen Abwehrgesteuern noch mit einer Einnahme von 4 523 000 RM. rechnen konnte, während für das Jahr 1931 nur 3 137 000 Reichsmark in den Voranschlag eingestellt wurden. Das ist allein schon, unter Hinzurechnung des weiteren Ausfalls von 570 000 RM. ein Einnahmefehl von 1,9 Millionen Reichsmark gegenüber dem Jahr 1928.

Die Belastung des Etats für die Fürsorge

Die schwerste Belastung erwächst dem städtischen Budget durch die Fürsorge. Die Zahl der Fürsorgeempfänger in Karlsruhe ist außerordentlich hoch. Gegen 8000 Parteien beziehen in Karlsruhe Unterstützung. Diese verteilen sich wie folgt:

Versicherungsunterstützte	2554,
in der Krifenfürsorge	2048,
in der Wohlfahrtsfürsorge	3338,

Berücksichtigt man, daß viele dieser Fürsorgeempfänger Frau und Kinder haben, so ergibt sich, daß in Karlsruhe rund 22 000 Einwohner von der Fürsorge leben.

Der Fürsorgeaufwand der Stadt Karlsruhe ist infolgedessen so hoch, daß nicht nur der ganze Anteil der Abwehrgesteuern, sondern auch die gesamte Umlage und der Anteil aus der Gebäudesondersteuer zu Fürsorgezwecken aufgewendet werden muß. Für alle übrigen Ausgaben ist die Stadt auf Nebeneinkünfte angewiesen. Diese bezieht die Stadt in der Hauptsache aus ihren werbenden Werken, wie Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk und den Gebühren für Straßenreinigung, Müllabfuhr, Schwemmanalysation usw.

Die Sparmaßnahmen der Stadt

Dah unter solchen Umständen die Stadt gezwungen war, auf allen Gebieten größte Sparjamkeit zu üben, ist begreiflich. So mühten fertig ausgearbeitete Projekte, wie die Hafenerweiterung und andere Arbeiten, für die erhebliche Anlehensmittel notwendig gewesen wären, zurückgestellt werden. Aber auch viele Arbeiten, die nach dem Voranschlag aus laufenden Mitteln finanziert werden sollten, konnten nicht durchgeführt werden, eine Tatsache, die sich natürlich auch ungünstig auf die Belebung des Arbeitsmarktes auswirkte.

Ferner ist es der Stadtverwaltung gelungen, auch an Verwaltungsausgaben erhebliche Mittel einzusparen. So werden schon seit längerer Zeit freigewordene Stellen nicht mehr besetzt, so daß auch auf diesem Gebiete schon das Mindestmaß von Ausgaben erreicht sein soll.

Ein neuer Voranschlag

Wie der Oberbürgermeister mitteilte, wird der Bürgerausschuß in nächster Zeit Gelegenheit haben, sich mit Vorschlägen des Stadtrats zu beschäftigen, durch die ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben geschaffen werden soll. Da es für die Hebung der Wirtschaft äußerst gefährlich wäre, wenn die Stadtverwaltung gezwungen würde, solche Ausgabenposten, durch die Handwerk und Gewerbe beschäftigt werden könnten, weiter einzuschränken, müssen Mittel und Wege gefunden werden, auf anderen Gebieten Einsparungen zu erzielen. Der Oberbürgermeister streift in diesem Zusammenhang auch

die Zuschüsse der Stadt an das Bad. Landestheater

Obgleich er die kulturelle Bedeutung des Theaters in seiner Weise unterschätzt, — für das Theater wie für die Musikhochschule hat er sich bekanntlich immer sehr stark eingesetzt, — muß er zugeben, daß in der heutigen Zeit ein häßlicher Zuschuß für das Landestheater in Höhe von 700 000 RM. nicht mehr tragbar sei. Wenn Karlsruhe nicht zu dem Rang einer unbedeutenden Provinzstadt heruntersinken wolle, müsse mit allen Mitteln versucht werden, das Theater zu erhalten. Ob und wie das möglich sei, müsse Sache einer gründlichen Prüfung bei den kommenden Beratungen über den neuen Voranschlag sein. Man müsse dabei beachten, daß eine völlige Stilllegung des Theaters nicht nur eine gewaltige kulturelle Schädigung wäre, sondern auch eine weitere finanzielle Belastung des Stats durch das Anwachsen der Zahl der Erwerbslosen im Gefolge hätte. Es sei aber zu hoffen, daß auch bei einer erheblichen Verminderung der Zuschüsse das Landestheater lebensfähig erhalten werden könne.

Zum Schluß gab der Oberbürgermeister seiner Erwartung Ausdruck, daß durch die baldige Inangriffnahme des Baues der **Mazauer Brücke**, zu deren Erstellung die Stadt Karlsruhe erhebliche Opfer bringe, für viele Erwerbslose Arbeit und Brot geschaffen werden könne und daß die Stadt Karlsruhe die schwere Not, unter der alle zu leiden haben, glücklich überstehe.

Französischer Gegenbesuch in Berlin. In den Besprechungen zwischen Reichsaußenminister Dr. Curtius und dem franz. Delegierten Francois Boncet wurde der 26. und 27. September endgültig als Datum des französischen Gegenbesuchs in Berlin vereinbart.

Von Links nach Rechts. Der Präsident des Landgerichts I in Berlin, Soelling, der vor einiger Zeit aus der Sozialdemokratischen Partei ausgestiegen ist, ist jetzt, wie die „Berl. Börsenztg.“ berichtet, der **Deutschnationalen Volkspartei** als Mitglied beigetreten.

Einstellung der Reparationsfuhrtransporte. Auf den 1. September sind die Reparationsfuhrtransporte Deutschlands durch die Schweiz eingestellt worden. Die Schweizer Bundesbahnen und die Döschbergbahn erleiden dadurch einen bedeutenden Einnahmeverlust. Bereits sind namhafte Einschränkungen der Güterzüge angeordnet worden. Personalentlassungen werden sich wahrscheinlich nicht vermeiden lassen.

Am und um den Bodensee

Von Frik Schöber

Man las in den Zeitungen, daß der Bodensee in diesem Jahr äußerst geringen Besuch aufzuweisen hätte. Mich ladete das. Mir war großes Gewimmel nie sympathisch. Nun, so wenig Leute waren doch nicht da, als man es nach den Zeitungsnachrichten annehmen mußte. Meer waren die Gaststätten des Schweizer Ufers. Daran war die jetzt aufgehobene Einreisegebühr schuld. Man war in Konstanz mit dem Grenzübergang zwar recht verständig. Bayern war in Lindau fast päpstlicher als der Papst. Mir tat besonders mein liebes Ermatingen leid. Dort steht bezaubernd am Schweizer Ufer der alte, gediegene Gasthof „zum Adler“. Der Schweizer des viel gelesenen und beliebten Schriftstellers J. C. Heer gehört dieses Haus, wie auch der idyllische Seehof. Frau Heer erzählte mir bekümmert von der verheerenden Wirkung der Einreisegebühr auf den Besuch ihres Hauses. Ihr Bruder war stets ein großer Freund unseres Landes. Seine bekannten Romane und Erzählungen erschienen wohl ausschließlich in deutschem Verlag. Ihm brachte die Inflation den Verlust des Vermögens, das er sich erschrieben hatte. Der einfache, bescheidene, lebenswürdige Mann und Freund unseres Volkes starb, wie ich hörte, an gebrochenem Herzen. Brachte ihn die Inflation um sein Vermögen, das er ganz in Deutschland angelegt hatte, so verursachte jetzt seiner tüchtigen und regsamem Schwester die Sperre der Einreise großen Verlust. Heers Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ waren es, die mich vor Jahrzehnten nach Ermatingen zogen, wo ich glückliche Tage in der Gesellschaft dieses feinen Menschen verlebte. Wer kennt nicht den „Wetterwart“, den „König der Bernina“ und „An heiligen Wassern“. J. C. Heer hatte und hat wohl noch eine große Gemeinde, die seine Bücher gerne liest. In seiner Heimat Winterthur schläft der Dichter den ewigen Schlaf.

Die Liebe zu den Blumen hat am Bodensee nicht abgenommen. Schon das beweist, daß es gute Menschen sind, die dort wohnen; und selbst in diesem Punkt, also in der Blumenliebe, besteht keinerlei Unterschied bei den Anwohnern. Man kann wirklich sagen, daß jedes freie Plätzchen ausgenutzt erscheint, um vielfarbigen Blumen Raum zu geben. Ich beobachtete, wie sogar an den Dalkstellen der Zurgauer Bahn die verächtlichen Häuschen zierliche Einfassungen von feu-

Die Durchführung der Steueramnestie

Der Reichsfinanzminister hat zu den Durchführungsbestimmungen über die Steueramnestie einen neuen Erlass herausgegeben, in dem er, den Blättern zufolge, als Ziel der Steueramnestie bezeichnet, die bisher verschwiegenen Werte für die Zukunft dadurch dem Verkehr zuzuführen, daß man den Steuerpflichtigen die Möglichkeit gibt, wieder steuerlich zu werden.

Von Seiten der Finanzbehörden muß daher alles getan werden — so heißt es in dem Erlass weiter —, um den Steuerpflichtigen diesen Schritt zu erleichtern. Es würde dem Zweck der Steueramnestie widersprechen, wenn die Steuerbehörde, bei der der Steuerpflichtige seine Anzeige erstattet, diesem mit Mißtrauen begegnet und dem Pflichtigen die Anzeige durch unnötige Nachforschungen erschwert. Es genügt in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige den Betrag der verschwiegenen Werte nicht mehr genau angeben kann, die schätzungsweise Angabe, soweit eine Nachzahlung nicht in Frage kommt.

Die Amnestie in der Verordnung vom 18. Juli 1931 setzte voraus, daß die hinterzogenen Werte dem Finanzamt angezeigt wurden. Eine solche Anzeigepflicht bestand zeitlich unbegrenzt, d. h. rückwärts bis zur Verjährung (bei Hinterzügen 10 Jahre, sonst 5 Jahre). Die neue Vorschrift beschränkt die Anzeigepflicht auf das Jahr 1928 und die folgenden Jahre. Dagegen bleibt die Nachzahlungspflicht ebenso wie dies schon in der Verordnung vom 18. Juli 1931 geregelt war, für die laufenden Steuern (mit Ausnahme der Vermögenssteuer und der Aufbringungsumlage) nur für das Jahr 1930 bzw. einem in diesem Kalenderjahr endenden Steuerabschnitt bestehen.

Die Beamten beim Reichsfinanzminister

Keine Änderung des Besoldungssystems

Reichsfinanzminister Dietrich hatte am Mittwoch Nachmittag eine Besprechung mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes, deren Gegenstand die letzte Notverordnung und die kommenden Maßnahmen der Reichsregierung waren. Von Länderteile sind mehrere Vorschläge zur allgemeinen Einführung gemacht worden, von denen zwei zurzeit in seinem Ministerium durchgeprüft wurden. Es handelte sich um die Verabfolgung der Pensionen von 80 auf 75 Prozent und um die Verlängerung der Aufzugsfrist bei den Alterszulagen von zwei auf drei Jahre. Nebenher gehen noch Überlegungen wegen Festsetzung einer Höchstpension.

Von den Vertretern des Beamtenbundes wurde darauf hingewiesen, daß der Beamtenstand wohl der einzige Berufsstand in Deutschland sei, dessen Gehälter im Laufe eines Jahres dreimal getüzt worden sind. So wie der Beamtenbund nachweislich überhöhte Gehälter verteidigt, so sehr müsse er dem Versuch widersprechen, die Gehälter von Länderteile und Gemeindebeamten unter die Bezüge vergleichbarer Reichsbeamte hinabzudrücken. Die Beamtenschaft verlange und erwarte, daß alles geschehe, um die durch die Notverordnung gefährdete Einheitslichkeit der Besoldung wiederherzustellen und zu erhalten. Die Vertreter des Beamtenbundes wandten sich auch gegen die neuen Vorschläge auf Kürzung der Pensionshöhe.

Unter Zustimmung des Finanzministers wurde noch festgestellt, daß, abgesehen von der etwaigen Verlängerung der Aufzugsfrist eine Änderung des Besoldungssystems nicht beabsichtigt sei.

Entschließungen des Gewerkschaftskongresses

In einer zur 40-Stundenwoche angenommenen Entschließung des Kongresses der freien Gewerkschaften heißt es u. a.: Der Kongreß betont insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der öffentlichen allgemeinen 40-Stundenwoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten.

In einer weiteren Entschließung wurden durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Auswüchse des Doppelverdieners- und Schwarzarbeiterwesens gefordert.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften lehnte die Einführung eines abdingbaren freien Lohnspielraumes entschieden ab.

rigen Begonien zeigten. Jeden Platz am Bodensee verschönern die Blumen, sei es in den Vorgärten, sei es an den Fenstern der Häuser, sei es in gut gepflegten Anlagen und Stadtgärten wie in Konstanz, Überlingen, Heiligenberg, Lindau, Arenenberg, auf der Insel Mainau usw. Das gibt den Orten überall einen hellen und freundlichen Anblick. Es wird auf dem Gebiete der gärtnerischen Kunst Hervorragendes geleistet. Die Anlagen der Insel Mainau sind überall bekannt, aber auch Überlingen mit seinem gepflegten Stadtpark und der dortigen Kaffee-Anlage darf mit dem Schloßgarten von Heiligenberg besonders hervorgehoben werden. Ich denke, er auch an die zahlreichen Wellingtonien am See. In Salem stehen im Schloßhof zwei herrlich gemachte Exemplare dieses wunderbaren Nadelbaumes. Weniger erfreuen mich die Palmen, die man auch recht häufig sieht. Namentlich am Ufer im romantischen Meersgarten stehen sie mir in die Augen und fühlen sich offenbar selber etwas fest am Ort. ...

Ein einfaches Wirtshaus. Abseits im Walde gelegen. Man sitzt aber unter herrlichen Kastanienbäumen. Es ist beglückend, wie die Sonne die Blätter in strahlendem Grün durchleuchtet. „Nun, was haben Sie denn Gutes für ein einfaches Mittagessen?“ — „Ja, wir hent scho gessa.“ Somit ist für uns nichts mehr da. Eine etwas fatale, aber doch wieder beklagende Feststellung für eine Wirtin. Wir bekommen aber doch schließlich Pfannkuchen gemacht, sogar mit Gurkensalat. Es findet sich eine Schule auf ihrem Ausflug ein. Note Limonade möchte einer der Jünglinge haben. „Note Limonade? Weiß ich grad so gut!“ wird der Schüler belehrt, der für Rot schwärzte. Gemütliche Erziehung zur Genügsamkeit.

Schneebahn auf den Pfänder bei Dregenz. Ich werde nun selbst einmal „am laufenden Band“ befördert. Wir werden stehend in den Kisten verpackt, der sich zum Berg hinauf bewegen soll. Es gibt nur ein paar Klappstühle an den Wänden. In der Enge bohren sich Rudel in den Bauch. Einer findet es schön, sich und die Mitfahrerinnen durch Pfeifen zu unterhalten. Schon auf dem Schiff hatte mir einer der Schiffsangestellten gesagt: „Es war schöner, als man noch nicht mit der Bahn zum Pfänder hinauffahren konnte.“ Ich glaube ihm das. Man schätzt Dinge höher, die man erst erleben muß. Wir waren droben völlig in Gewitter und undurchsichtigen Nebel eingehüllt. Ein wundervolles Schauspiel

Die schwere Notlage der europäischen Minderheiten

Genf, 3. Sept. (Str.-Tel.) Der Vorsitzende des soeben beendeten Siebenten Nationalitätenkongresses, Abg. Dr. Wilfan, und die Mitglieder des Kongressausschusses wurden gestern abend von dem derzeitigen Präsidenten des Völkerbundesrats, dem spanischen Außenminister Lerroux, empfangen, um ihm die Entschließung des Kongresses sowie dessen Veröffentlichung über die Lage der europäischen Minderheiten zu überreichen.

Dr. Wilfan wies bei dieser Gelegenheit auf die schwere Notlage der Nationalitäten in vielen Staaten hin, ferner auf das unbefriedigende Schicksal der meisten Petitionen, sowie auf die Behinderung einer friedlichen Entwicklung der kontinental-europäischen Politik infolge der Ungeklärtheit des Nationalitätenproblems. Er erklärte, daß er von dem Kongreß beauftragt sei, den ganzen Ernst der Lage darzulegen.

Lerroux, der den privaten Charakter seiner Äußerungen betonte, erwiderte, daß er im Laufe von fünf Jahrzehnten für die Freiheit gekämpft habe, und daß seine Einstellung sich in der kurzen Zeit seiner Regierungsstätigkeit wohl nicht habe ändern können. Mit aller Sympathie stehe er daher den Minderheiten gegenüber, denen nur auf dem Wege einer Achtung ihrer Rechte geholfen werden könne. Er lam auf die Mitarbeit der Catalanen auf dem Nationalitätenkongreß zu sprechen und erklärte, daß die Catalanen eine harmonische Lösung ihres Problems mit ihm vorbereitet hätten.

Guatemala

scheidet aus dem Völkerbund aus

Genf, 3. Sept. (Tel.) Die Völkerbundsversammlung wird auf ihrer bevorstehenden Tagung außer den drei turnusmäßig auscheidenden nichtständigen Ratsmitgliedern auch Guatemala, das im letzten Jahre in den Rat gewählt worden ist, zu erleben haben, da dieser Staat — eine neue Entscheidung in der Geschichte des Völkerbundes — auf seinen Mitgliedschaft zu verzichten gedenkt. Als Begründung wird angegeben, daß der gegenwärtige Vertreter Guatemalas, Gesandter Matos, aus persönlichen Gründen in seine Heimat zurückkehrt und seine Regierung aus finanziellen Rücksichten sich nicht in der Lage sieht, einen Nachfolger zu benennen. Wie verlautet, werden die südamerikanischen Staaten Venezuela als Nachfolger Guatemalas im Völkerbundsrat vorgeschlagen.

Vorschläge zur Flotteneinschränkung

London, 3. Sept. (Tel.) Die britische Regierung hat die Absicht einer Note der französischen Regierung an die italienische Regierung erhalten, die neue Vorschläge wegen der Einschränkung der beiderseitigen Flotten enthält.

Sprengstoff- und Waffenfunde bei Kommunisten

Mainz, 3. Sept. (Tel.) Bei einer Hausdurchsuchung bei einem Gedächtnisfeier Bürger fand die Polizei ein Paket mit Sprengstoff. Eine gleich darauf einsehende allgemeine Untersuchung bei kommunistischen Emwohnern förderte eine Menge von verbotenen Waffen und waffenähnlichen Instrumenten zutage, die von der Polizei beschlagnahmt wurden. Man vermutet, daß die Kommunisten gestern einen politischen Streich in Detsheim geplant hatten. Um dies zu verhindern, wurden die Ortsausgänge den ganzen Tag von Schutzpolizei besetzt gehalten.

Gefängnisrevolte in Barcelona. Das Pariser „Journal“ berichtet aus Madrid, daß die in Barcelona verhafteten Sozialisten in den Hungerstreik getreten seien. Der Justizgouverneur habe sich ins Gefängnis begeben, um mit den Verhafteten Fühlung zu nehmen. Diese Gelegenheit hätten die Häftlinge, die alle bemannet gewesen seien, benutzt, um die Gefängniswächter zu überwältigen und die Zellentüren ihrer Mitgefangenen zu öffnen. Sie hätten auf diese Weise etwa 200 Türen ausgehoben, sie in einer Gefängnisgalerie aufgeschichtet und in Brand gesteckt. Eine Kompanie Infanterie habe herbeigeholt werden müssen und auf die Gefangenen gefeuert. Den vereinigten Kräften von Militär und Feuerwehrlenten sei es schließlich gelungen, den Brand zu löschen, der auf das ganze Gefängnisgebäude überzugreifen drohte. Während dieser Zeit hätten mehrere Schwärzern das Gefängnis umzingelt. Abends sei die Ruhe wiederhergestellt gewesen. Während des Zusammenstoßes innerhalb des Gefängnisses sei ein Gefangener durch einen Schuß schwer verletzt worden.

mar es aber, wie der Nebel sich faste verzog und danach frisch gewaschen das ganze Land mit dem See, das Rheintal und die alpine Landschaft im Rücken des Pfänders im Sonnenschein vor uns lag. Eine wahrhaft beglückende Aussicht in ihrer Gegenseitigkeit.

Eine Bronzeplatte deckt im Konstanz Münster die Grube des Freiherren von Wessenberg. Unter dessen großem Wappen kündigt die Inschrift:

Hier ruht die Leiche von
Jagaz Heinrich Freiherrn von Wessenberg
und Generalvikar, dann Bistums-Verweser
zu Konstanz.
Geboren 4. 11. 1774
Gestorben 9. 8. 1860.

Es waren also gerade jetzt 71 Jahre vergangen, seitdem der freisinnige Krätel diese Erde verlassen hat. Er war in starken Gegensatz zu Rom gekommen. Der Wessenbergianismus machte der katholischen Kirche noch lange Zeit zu schaffen. Ein gutes Gemälde des Krätelers hängt in einem der Räume des behaglichen Schlosses Arenenberg bei Ermatingen, in dem Napoleon III. mit seiner Mutter, der Königin Hortense, seine Jugend verbrachte; in Konstanz besuchte er das Gymnasium. Das architektonisch einfache Schloß Arenenberg liegt in gepflegtem Park und bietet eine wundervolle Aussicht auf den See und seine Ufer. Heute gehört das Schloßchen dem Kanton Thurgau. Es ist namentlich eine große Anzahl recht guter Wälder, welche die Wände zieren. Die Räume atmen heute noch Beaglichkeit. Dinge, die wir heute nicht mehr so recht ertragen, treten wenig hervor. Wie bescheiden klein waren damals doch Waschtanne und Waschschüssel. Man kann auch sonst nicht sagen, daß die Zimmer des Schlosses und die Einrichtung anspruchslos wirken würden. Ich muß daran denken, daß man dem Ausland gegenwärtig im Film unsere neuen Bauten an Bahnhöfen, Krankenhäusern, Museen, Rathhäusern, Kirchen usw. vorführt, um damit zu beweisen, wieviel Deutschland noch Geld besäße und wie man der Welt nur blauen Dunst vormachen wolle, wenn man jetzt behauptet, die Kriegsschulden und Reparationen nicht mehr leisten zu können. Wir sind leider in der Lage des Mannes, der Jahre hindurch über seine Mittel gelebt hat, und nun hüfen wir das schmerzliche.

Gegen Verschiebung der Abrüstungskonferenz

Zu der Genfer — inzwischen aus Kreisen der französischen Delegation dementierten — Meldung, daß Frankreich den Ausschub der Abrüstungskonferenz beantragt habe, wurde von Unterstaatssekretär Castle erklärt, man halte es nach wie vor für äußerst wichtig, daß die Konferenz zum vereinbarten Termin stattfindet, und endlich die lächerlichen Ausgaben für Rüstungen eingeschränkt werden. Castle betonte weiter, das amerikanische Volk würde einen Ausschub nicht verstehen und die psychologische Folge würde Enttäuschung und das Schwenden jeder Aussicht sein, mit Europa am Friedenswerk zusammenzuarbeiten. Die amerikanische Regierung würde eine offizielle Benachrichtigung von einem Ausschub der Konferenz mit größtmöglicher Betonung des tiefsten Mißfallens beantworten. Sollte der Termin wirklich verschoben werden, so sei gar nicht abzusehen, wann jemals wieder ein Termin vereinbart werden könnte.

Die Politik der englischen Regierung

In maßgebenden Londoner Kreisen wird die Meldung eines Londoner Morgenblattes, daß die nationale Regierung auf dem Gebiet der Außenpolitik keinerlei Aktivität entwickeln und dieses Jahr keine weiteren Konferenzen einberufen werde, als eine völlig abwegige Kombination bezeichnet. Es wird betont, daß die bisherige Außenpolitik unverändert fortgeführt werden wird, auch in der Frage der europäischen Wirtschaftskrise, mit der Macdonald als Vorsitzender der Londoner Juli-Konferenz eng verknüpft ist. Gleichzeitig wird aber zugegeben, daß die Herstellung des inneren finanziellen Gleichgewichts vorläufig die gesamte Aufmerksamkeit der Minister, auch des Finanzministers, ebenfalls bewanderten Außenministers, in Anspruch nehmen wird. Das Unterhaus ist zum 8. September berufen worden. In einer fast fünfstündigen Sitzung hat die Regierung die Beratungen über den Finanzplan abgeschlossen. Sofort nach Eröffnung des Unterhauses wird Macdonald, ohne auf diesen Plan einzugehen, eine Erklärung abgeben, in der er das Haus bitten wird, über das Schicksal der nationalen Regierung sofort zu entscheiden. Die Abstimmung nach der ersten Sitzung wird von der Regierung als Vertrauens- oder Mißtrauensvotum betrachtet werden. Wahrscheinlich wird der Schatzkanzler erst am 9. September den Finanzplan der Regierung bekanntgeben.

Kleine Chronik

Wie aus Washington gemeldet wird, plant man einen Flug „Do X“ nach Miami auf Florida, in der Hoffnung, das Flugzeug für die Winterjahren zum Luftverkehr Havana-Miami verkehrern zu können. Gegenüber anderslautenden Presse-meldungen muß festgestellt werden, daß der Rückflug nach Europa schon wegen der vorgerückten Jahreszeit jedenfalls für dieses Jahr nicht mehr in Frage kommt.

Wie die Funkstation Bergen mitteilt, hat sie seit dem Morgen des 30. August mit Wilkins U-Boot „Nautilus“ keine Funkverbindung bekommen können, obwohl sie in jeder Nacht das Aufsteigen gab. Der Leiter der Funkstation Bergen erklärt, daß man vielleicht deshalb keine Nachricht vom „Nautilus“ erhalte, weil die Funkvorrichtung des U-Bootes unter Wasser nicht dieselbe Leistungsfähigkeit habe wie an der Oberfläche.

Eine Reihe von Zeitungen melden jüngst, daß der frühere Bürgermeister Franz Wolf aus Mandach in Argentinien, wohin er nach großen Unterdrückungen geflüchtet war, mit seiner Familie Selbstmord begangen habe. Diese Nachricht war falsch. Wolf ist dieser Tage in Bremerhaven angekommen und hat sich dort den Behörden gestellt. Seine Familie hat er in Argentinien zurückgelassen. Wolf befindet sich in Untersuchungshaft, er wurde von Mannheim in das Amtsgerichtsgefängnis Ludwigshafen eingeliefert.

Die Stadt Rastatt wird durch die Überschwemmung des Danabes-Flusses stark bedroht. Drei besonders wichtige Deiche, die vor dem Westtor liegen, sind von den Fluten weggeschwemmt worden. Tausende von Flüchtlingen halten sich auf den Stadtmauern auf. Es sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, um das Eindringen des Wassers in die Stadt zu verhindern.

Ein langjähriger Angestellter der Continental-Milwaukee-Bank and Trust Comp. in Chicago hat gestanden, eine sehr bedeutende Summe unterschlagen zu haben. In eingeweihten Kreisen spricht man von drei Millionen Dollars.

Auf die Grabplatte Bessensbergs schaut eine ganz wunder-same, stehende Mutter Gottes mit dem Jesuskind herab. Diese kleine Holzskulptur stammt, wie ich höre, von dem Münchner Bildhauer Scheibert und ist vor etwa einem Jahrzehnt im Münster aufgestellt worden. Wie vollständig diese Mutter Gottes geworden ist, mag der Umstand beweisen, daß ich sie fortwährend mit frischen Blumen geschmückt sah und fast immer stille Betenden dort verweilte. Man sieht an dieser hehren Madonnenstatue, daß neuseitliche Kunst nicht völs-fremd zu sein braucht, wie das so häufig der Fall ist. Freilich kann man mit dem Devotionalienkünstler entgegenhalten, den man besonders in Konstanz in einigen Geschäften reichlich ausgestellt sieht. Ich wundere mich auch, daß es auf diesem Gebiete trotz aller Bemühungen nicht besser werden will, denn für unser gläubiges Volk sollte uns doch das Beste gerade gut genug sein.

In Salem habe ich im Refektorium, das jetzt dem protestan-tischen Gottesdienst dient, mit Freuden festgestellt, daß man die Gemälde der Heiligen ruhig an der Wand lieh. Es ist sogar auf einem der Gemälde eine Messfeier dargestellt, ein-mals als „Abgötterei“ betrachtet. Ich grüße die Toleranz, wo ich ihr begegne. Wir brauchen sie wahrhaftig dringend notwendig, nachdem sich die Gottlosen-Propaganda heute gegen jede Art eines Bekenntnisses wendet und auch vor den Toren des ehrwürdigen Konstanzer Münsters nicht Halt gemacht hat. Man sollte aber auf dem Schloß in Meersburg die Kano-nen entfernen, die man ausgerechnet vor die alte, feine Kre-nzigungsgruppe am Eingang in die Burg gestellt hat!

Mit der Aussicht auf Arenenberg kann Schloß Heiligen-berg weiterleben. Im ersten Fall der Zerber der Romantik. Im letzten die Weite. Die Liberalität der Fürsten, mit der sowohl die Besichtigung der Insel Mainau, wie auch von Schloß und Garten in Heiligenberg gestattet wird, muß man dankbar anerkennen. Beim Eingang zur Gruft ist eine Tafel angebracht, die aufzeigt, wieviel Todesopfer auch das fürliche Geschlecht der Verteidigung des Vaterlandes zu bringen hatte. Inmitten des Kirchenraumes, in dem die Be-stattungen erfolgten, befindet sich der Sarkophag des jungen Fürsten, der mit 23 Jahren im Krieg fiel. Nach der plasti-schen Darstellung ein sympathischer und hübscher junger Mann. Es befremdet nur etwas, daß zu Füßen des Mar-morgrabmals eine Gottesmutter in Porzellan angebracht ist.

Kommunistische Offensive gegen die Reichsregierung

Wie die Pressestelle der Roten Gewerkschaftsopposition mit-teilt, entwickelte der Reichstagsabgeordnete Dahlem-Berlin vor einer Versammlung der Funktionäre der KPD. und KGO. Groß-Frankfurt gegenüber der Tagung des Kongresses des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Programm von Maßnahmen der KPD. und der KGO. Eine für das ganze Reich vorgesehene Offensive der KGO. gegen die bevorstehen-den Maßnahmen der Regierung soll in Frankfurt durch einen Generalappell eingeleitet werden, der am Donnerstagabend stattfinden wird.

Preußen reduziert Bürgermeistergehälter

Die preußische Regierung hat bei den Beratungen über das Sparprogramm die Gehälter der Oberbürgermeister und Bürgermeister wie folgt festgelegt: Stadt Berlin 36 000 M. für Städte von 400 000 bis 1 Million Einwohner 18 000 bis 24 000 M., von 100 000 bis 400 000 Einwohner 15 000 bis 18 000 M., von 50 000 bis 100 000 Einwohner 8 400 bis 12 600 M., von 30 000 bis 50 000 Einwohner 6 200 bis 10 600 M., von 10 000 bis 30 000 Einwohner 4 400 bis 8 400 M., von 2 500 bis 10 000 Einwohner 2 800 bis 8 400 M.

Kurze Nachrichten

Verbotene Zeitungen. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat das Erscheinen der in Altona herausgegebenen „Norddeutschen Zeitung“ und „Hamburger Volks-zeitung“ auf 14 Tage verboten.

Holländische Banken zum Stillhalteabkommen. Im Ge-bäude der Niederländischen Bank zu Amsterdam hat eine Konferenz von Vertretern von ungefähr 30 namhaften holländischen Bankhäusern und Bankiers stattgefunden, bei der der Präsident der Niederländischen Bank, Rifferting, die An-wesenenden aufforderte, die vom Stillhaltekomitee für die Deutschland gewährten Kredite in Basel aufgestellten Bedin-gungen auch ihrerseits anzunehmen. Alle anwesenden Bank-vertreter mit Ausnahme eines Abgesandten einer Bank, der sich seine Entscheidung vorbehalten, beschloßen, dem Stillhalte-abkommen beizutreten.

Macdonald weiter Unterhausmitglied. Macdonald erklärte, daß er bereit sei, sein Mandat zu einem geeigneten Zeitpunkt in die Hände seiner Wähler zurückzugeben; er wünsche aber klar zum Ausdruck zu bringen, daß er eine Demission nicht ohne weiteres vorzunehmen gedenke, da darin Fahnenflucht er-klärt werden könnte.

Die Meuterei in der hilenischen Flotte ist noch nicht be-gelegt, wie die Nachrichten am Dienstag vermuten ließen. Jetzt wird berichtet, daß sich die meuternden Seeleute an Bord der Kriegsschiffe in Coquimbo weigern, die Schiffe zu ver-lassen und ihre Offiziere nach wie vor gefangen halten. Es heißt, daß die Regierung für den Fall, daß ein scharfes Vor-gehen notwendig sein sollte, den Angriff von U-Booten und 30 Bombenflugzeugen auf die Kriegsschiffe in Erwägung ge-zogen habe. Die Besatzungen der Unterseeboote sind treu ge-blieben. Die Flotte hat Lebensmittel für drei Monate und reichlich Brennstoff an Bord. Die Mannschaften sind von briti-schen Instrukteuren ausgebildet, und ihre Disziplin hatte bisher nichts zu wünschen übrig gelassen. — Das hilenische Kabinett ist zurückgetreten und eine Sondersession des hileni-schen Kongresses für morgen einberufen worden, um über die Frage der Verhängung des Belagerungszustandes Be-schluss zu fassen.

In einem Dorfe des Bezirks Gernowitz fand eine Hoch-zeitfeier ein tragisches Ende. Die vielbegehrte Tochter eines reichen Großbauern, das schönste Mädchen der ganzen Gegend, heiratete trotz der Todesdrohungen verschiedener zurückgewie-sener Bewerber einen jungen Burtschen namens Bilinski. Als nach der kirchlichen Trauung fast das ganze Dorf zum Hoch-zeitsschmaus im Hofe der Brauteltern versammelt war und die Feier ihren Höhepunkt erreicht hatte, erschienen zwei der verschmähten Bewerber am Hoftor und eröffneten ein Schnell-feuer auf die Hochzeitssäfte. Das Brautpaar, die Braute-ltern und einer der Brautzeugen brachen von mehreren Kugeln getroffen, zusammen. Den beiden Wunden gelang es, das Dorf unangefochten zu verlassen, da niemand wagte, ihnen entgegenzutreten. Bei den Eltern der Braut und dem Brautzeugen konnte nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden. Das junge Ehepaar mußte, lebensgefähr-lich verletzt, ins Krankenhaus überführt werden.

mit rückwärtigem Glühlämpchen, das die drei Orden des ge-fallenen Fürstenjohannes bestrahlt.

Überlingen. Ich glaube, daß es schwer fällt, die Gelber aufzubringen, um die Renovation des ehrwürdigen Münsters fortzusetzen. Ehenso beglückend ist dieses Kirchenmännchen, wie mich das von Salen fast erschlagen hat. Und welche Hin-gebung im Antlitz Christi, wie er am Elberg kniet, der hier in Überlingen in gotischer Kapelle steht. Welcher Gesmach in der Blumenzier des gotischen Geländers, welches die Lampe zum Münster und Elberg einfahrt! Nicht zu ver-gessen die frische Herrlichkeit des gotischen Ratsaalcs. — Ist es in Überlingen die Gotik, so in Birnau bei der einsamen Wallfahrtskirche die Grazie des Rokoko, die entzückt und der überwältigende Kirchenraum, den ein genialer Architekt hier geschaffen hat.

Doch nun wieder zur Neuzeit. Strandbäder überall. Die schönsten in Friedrichshafen und Lindau. Hoffentlich werden sie von den Franzosen nicht auch zur Filmpropaganda gegen die „armen“ Deutschen verwendet.

Einen Sprung noch nach dem nahen Zürich. Die Niesen-börse ist nun fertig. Ein moderner Bau. Er zeigt die heu-tige Bedeutung der Schweiz in Geldsachen, wenn man es nicht schon vorher an dem Bankenviertel mit seinen Palästen gemerkt hätte. Rinoaufnahmen empfohlen. In den unteren Räumen der Börse ist für alle leiblichen Bedürfnisse geforgt. Ein freundliches Klakat mit einem lachenden Mädchen lädt zum Besuch ein, vor sich eine verlockende Platte mit Fleisch, Gemüse und Salaten. „Komm zu mir“ steht auf dem Klakat. Man hat die Wahl zwischen einem Bier- und Wein-restaurant, zwischen Cafe, Konbitor, Lunch room, American Grill und einem Diätrestaurant. So kann sich derjenige, der an der Börse verliert, in den unteren Räumen wieder auf-richten und der Börsegewinner sich an den unten gebotenen Gemüßen erfreuen. Geld regiert die Welt. Noch. Vielleicht wird Edward Bellamys „Welt ohne Geld“ aber noch zur Wahrheit.

Brudnerfest in Baden-Baden. Vom 2. bis 5. Oktober 1931 findet das 11. Badische Brudnerfest in Baden-Baden statt. Es gelangen a capella-Chöre, Streichquintett, Orgelwerke, E-Moll-Messe sowie die Nullte, Vierte und Siebente Sym-phonie zur Aufführung.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Effentliche Sitzung am Montag, den 7. September, nachmittags 4 Uhr.

Tagessordnung:

- I. Bekanntgabe der Eingänge.
- II. Erklärung der Regierung.
- III. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses über die Notgesetzte
 1. vom 9. Juli 1931, Änderungen im Staatshaushalt (S. 247).
 2. vom 28. Juli 1931, Übernahme einer Ausfallgarantie des Landes Baden für Lieferungs-geschäfte nach der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (S. 259).
 3. vom 6. August 1931, Bürgschaft des Landes Baden für einen von den badischen Sparkassen und der Badischen kommunalen Landesbank in Anspruch genommenen Wechselkredit (S. 267).
- IV. Aussprache über die Regierungserklärung in Verbin-dung mit der Beratung über die Notgesetzte.

Ein badisches Notgesetz über Lieferungs-geschäfte mit der Sowjetunion

In Nummer 58 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-blattes wird ein Notgesetz über die Änderung des Notgesetzes vom 28. Juli 1931 wegen Übernahme einer Ausfallgarantie des Landes Baden für Lieferungs-geschäfte nach der Sowjet-union veröffentlicht mit folgendem Wortlaut: Artikel 1: § 1 Abs. 1 des Gesetzes wegen Übernahme einer Ausfallgarantie des Landes Baden für Lieferungs-geschäfte nach Anhang vom 17. März 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 61) in der Fassung des Notgesetzes vom 28. Juli 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 259) wird dahin geändert, daß die Worte „9 Millionen Reichsmark“ durch die Worte „12 Mil-lionen Reichsmark“ ersetzt werden. — Artikel 2: Dieses Ge-setz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die Geistlichkeit lehnt Pfarrer Senn ab

Anläßlich einer zahlreich besuchten Konferenz der Geist-lichkeit der Kapitel Freiburg, Breisach, Neuenburg, Enningen und Waldkirch, die der caritativen Winterhilfe galt, wurde auch zu der Broschüre „Katholizismus und Nationalsozialis-mus“ von Pfarrer Senn Stellung genommen und die Dar-legungen des Pfarrers Senn beurteilt und bedauert. Die Geistlichen erklären, in der weltanschaulichen Beurteilung des Nationalsozialismus zu der Rundgebung der deutschen Bis-chöfe zu stehen.

Die Sorgen der Gemeindeglieder

Die Gemeindegliederfunktionäre aus Baden, Württemberg und der Pfalz berieten am vergangenen Sonntag in Karls-ruhe über den Bericht über die letzte Lohnbewegung und fas-ten eine einstimmige Entschließung, in der zum Ausdruck kommt, daß die Konferenz die erfolgte Lohnsenkung um 4 Prozent nur dann für tragbar hält, wenn die Regierung sich mit Erfolg bemüht, eine entsprechende Senkung der Re-benshaltungskosten herbeizuführen. Die Konferenz ermahnte auch, daß nimmehr auch die Herabsetzung der Gehälter der Wirtschaftsführer und der hohen Provisionen durchgeführt werde. In einem eingehenden Referat setzte sich Bezirksleiter Beder aus Köln mit den Notverordnungsbestimmungen aus-einander und betonte, daß der Arbeitgeberverband bestrebt bleiben werde, die Reichslöhne in späterer Zeit durchzusetzen. Diesen Klagen würde die Gemeindegliederchaft mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	3. September		2. September	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.68	170.02	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Italien . . . 100 L.	22.02	22.06	—	—
London . . . 1 Pf.	23.461	20.501	—	—
New-York . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz . . . 100 Fr.	81.96	82.12	81.95	82.11
Wien 100 Schilling	59.13	59.25	59.15	59.27
Prag . . . 100 Kr.	—	—	—	—

Eine bringende Mahnung des Börsenvorstands. Der Ber-liner Börsenvorstand hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: Das allgemeine Wohl und das besondere In-teresse der Börse erheischen gebieterisch, daß nach der (am Donnerstag erfolgenden) Wiedereröffnung des amtlichen Bör-senverkehrs in Wertpapieren alles vermieden wird, was ge-ignet ist, das Börsengeschäft zu beunruhigen. Von dem Pflicht-bewußtsein der Börsenbesucher wird erwartet, daß sich jeder Einzelne in den Dienst der Erreichung dieses Zieles stellt. Insbesondere muß jede Gerichtsverhandlung und Weitergabe strengstens unterdrückt und, wo sie sich etwa zeigt, zur An-zeige gebracht werden. Des weiteren wird darauf hingewie-sen, daß, solange nur Einheitskurse festgestellt werden, der Handel zu anderen als den amtlich festgestellten Kursen so-wohl an der Börse als auch im Verkehr von Büro zu Büro verboten und die Verbreitung anderer Angaben über die Be-wertung von Wertpapieren nach der Notverordnung vom 15. Juli 1931 auch außerhalb der Börsenräume unzulässig ist.

Leipziger Messebericht. In einer Reihe von Messeschälern kann man feststellen, daß der Geschäftsverkehr gegen die er-sten Tage zugenommen hat. Dies gilt auch für das Kunst-gerwerb, wo das Ausland gern kunstgewerbliche Gegenstände aus Jinn kauft. Amerikanische Einkäufer zeigen großes In-teresse für kunstgewerbliche Erzeugnisse im Stile der neuen Sachlichkeit. Ganz gering ist das Geschäft in hochwertigen Musikinstrumenten, etwas besser das in Gramophonen und Schallplatten. Auf der Sportmesse beschränkt sich der Umsatz auf Sportkleidung, hat aber etwas zugenommen. Auf dem technischen Gelände ist der Verkehr ebenso groß geblieben wie an den Vortagen. Man hört ganz besonders aus der Ver-zugindustrie und aus der elektrotechnischen Branche von der Anknüpfung aussichtsreicher Beziehungen zum Auslande. Die Feuerlöschvorführungen auf der Baumeße haben den Ge-schäftsgang in diesen Apparaten günstig beeinflusst.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Aus der Landeshauptstadt

Das Fest der goldenen Hochzeit können am 3. d. M. Generaldirektor Kommerzienrat Karl Moninger und seine Gattin, Mina geb. Schaller, begehen. Gleichzeitig sind es in den nächsten Tagen 50 Jahre, daß Kommerzienrat K. Moninger mit seinem verstorbenen Bruder Stefan das elterliche Geschäft, die bekannte Brauerei Moninger in Karlsruhe übernommen haben. Zusammen mit ihm und seinem ebenfalls verstorbenen jüngeren Bruder Theodor hat er die Firma zu bedeutender Höhe und Blüte geführt.

Das Schwurgericht befaßt sich in der nächsten Woche mit dem Anklagefall des Schuhmachers Albert Haas in Karlsruhe, der mit dem Gärtner Adolf Lindner, dem Arbeiter Gg. Götstein, dem Steinbauer Theodor Schmalbach und dem Schriftsetzer Friedrich Diez der Körperverletzung mit Todesfolge angeklagt ist. Die Genannten, der Kommunistischen Partei angehörend, werden beschuldigt, am Pfingstmontag den Tod des nationalsozialistischen Motorradfahrers Wille von Lahr herbeigeführt zu haben. Die Verhandlung, die zwei oder drei Tage in Anspruch nehmen dürfte, leitet Landgerichtsdirektor Dr. Engelhardt. 53 Zeugen und ein Sachverständiger sind geladen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Eschenauer. Die Verhandlung nimmt am Montag, den 7. September, vormittags 9 Uhr, ihren Anfang.

Ein Presseprozeß. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Hauptschriftleiter des „Führer“, Dr. phil. Otto Wacker, wegen Beleidigung des katholischen Pfarrers Deckmann in Hamborn in einem Artikel unter der Überschrift „Nacht einer Kind einscharen“ zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die gegen den Geistlichen erhobenen Vorwürfe jeder Grundlage entbehren. Es kam ein Vergleich dahin zustande, daß der Strafantrag des Nebenklägers zurückgezogen wird, sobald Dr. Wacker eine Geldbuße von 100 Reichsmark für einen wohlthätigen Zweck zahlt und in einer öffentlichen Erklärung im „Badischen Beobachter“, im „Völkischen Beobachter“ und im „Führer“ die Beleidigung als unwahr mit Bedauern zurücknimmt.

Das Badische Landestheater öffnet in den nächsten Tagen wieder seine Pforten. Eine schwere Zeit steht bevor. Sie mit seiner Kunst lindern zu helfen, ist die hohe Aufgabe, die einem Kulturinstitut zufällt. Durch Erbauung mit ernster Kunst, durch Unterhaltung mit leichterer Kost will das Theater eine Stätte der Anregung, der Erholung, der Entspannung, der Aufheiterung sein. Wer sich also über den drückenden Alltag hinausheben will, wer nicht nur den Geist befreien, sondern sich darüber hinaus noch geistigen Gewinn sichern will, der werde Dauerbesucher des Landestheaters als Platzmieter. Für die neue Spielzeit sind die Preise bedeutend herabgesetzt, so daß jeder sich den Dauerbesuch leisten kann. Eine Neuerung ist insofern getroffen, als zu den bisherigen zwei Platzmieten an festen Tagen, Donnerstags und Freitags, eine dritte feste Miete für die Mittwochabend (Miete A), die hauptsächlich für auswärtige Besucher gedacht ist, da Mittwochsabend von der Reichsbahn Sonntagsrückfahrkarten für Theaterbesucher ausgegeben werden. Diese Mittwochsvorstellungen werden so beginnen, daß sie stets um 22.15 Uhr beendet sind und so das Erreichen der Züge gesichert ist. Auskunft über alle Mietangelegenheiten gibt die Kasse des Landestheaters. Näheres wolle auch aus den Veröffentlichungen im Anzeigenteil erfahren werden.

Werbung für das Badische Landestheater. Das Badische Landestheater steht in den nächsten Tagen mit einer persönlichen Werbung ein. Zu diesem Zweck haben sich die Solomittelglieder der Oper und des Schauspielers bereit gefunden, noch abseits stehende Herrschaften persönlich aufzusuchen und sie zum Beitritt zur Platzmiete oder Platzsicherung zu bewegen. Die Generaldirektion des Badischen Landestheaters bittet, ihre Werber freundlichst empfangen und anhören zu wollen und sie nicht unrichtiger Sache gehen zu lassen. Jeder darf überzeugt sein, daß er als Stammbesucher des Theaters wertvolles Kulturgut erhalten und fördern hilft.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die moderne Schlageroperette „Peppina“ von Robert Stolz, die bei jeder Aufführung begeisterte Aufnahme findet, wird heute abend erneut gegeben. Der Beginn der Vorstellung ist auf 20 Uhr festgesetzt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen: Eine atlantische Zyklone ist nach der Nordsee gezogen und hat uns nach dem gestrigen, vorübergehend heiteren Tage erneute Verschlechterung gebracht. Das Wetter wird nun wieder einige Tage unbeständig bleiben. — Voraussage: Wolfig, zeitweise Regen und etwas kühl, westliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 862 —6, Basel 176 —4, Schusterinsel 245 —5, Rehl 381 —11, Magau 597 +4, Mannheim 625 —6, Caub über 200 Jtm.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Gottmadingen wurde der seitherige Bürgermeister Edwin Graf wiedergewählt.

Lebhafte Stadtratsitzung in Baden-Baden. Zu heftigen Zusammenstößen kam es in der Stadtratsitzung. Das Kollegium hatte sich über die Erneuerung des Anstellungsvertrages von Generalmusikdirektor Mehlisch zu entscheiden. Dabei gingen die Meinungen erheblich auseinander. Schließlich gelangte eine vom Musikfurausschuß eingebrachte Vorlage zur Annahme, nach der die Musikdirektion ab 1. Oktober der Kurdirektion unterstellt, die Kündigungsfrist von einem Jahr auf drei Monate verringert und die Gehaltsfestsetzung der Besoldungsordnung für Festbesoldete und ihren Abzügen unterstellt werden. (In der Tätigkeit des Generalmusikdirektors ist in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit lebhaft Kritik geübt worden. Vor allem wurde ihm vorgeworfen, daß er sich nicht in genügendem Maße um die Kurkonzerte kümmere.)

Der Bürgerausschuß Kinklingen bei Bretten genehmigte einen außerordentlichen Holzhieb von 2000 RM. Dagegen wurde die Genehmigung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1931/32 mit 23 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, auf Einföhrung einer Kommision zur Ausarbeitung einer neuen Gemeindebesoldungsordnung, wurde angenommen. Der Voranschlag 1931/32 hatte eine Umlage von 90 Ppf. sowie die Einföhrung der einfachen Bürger- und Biersteuer in Aussicht genommen.

Aus der Nachbarkreise aus Baden

Id. Mosbach, 2. Sept. Am 16. April dieses Jahres zogen 15 Bauern aus den Bezirken Mosbach und Sinsheim nach Weidenbühl, um sich dort eine neue Heimat zu gründen. Sie hatten ihr Anwesen in der Heimat verkauft. Sofort nach Bezahlung der ersten Rate des badischen Heimatkredits wurde den Siedlern am 4. August nicht nur das lebende Inventar ausgehändigt, sondern jeder Siedler konnte noch auf Grund der ihm durch die 10prozentige Anzahlung zustehenden 1600 Reichsmark Vieh aus den Gutsbeständen und auch Maschinen kaufen. Jeder Siedler verfügt nun über 4 bis 6 Kühe, 1 bis 2 tragenden Rinder, 2 Pferde und Schweine. Je zwei Bauern haben zusammen eine Bindemaschine oder einen Normmäher. Den Siedlern gefällt es in der neuen Heimat recht gut.

Oberbaurat Engesser †. Im 88. Lebensjahre ist Geheimrat Oberbaurat Professor Dr. Friedrich Engesser, eine Persönlichkeit auf dem Gebiet des Brücken- und Eisenbahnbaues, gestorben. Der Verstorbene war u. a. auch am Bau der Schwarzwaldbahn tätig, lange Jahre bei der früheren Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen und dann Professor an der Technischen Hochschule, die ihm die Würde eines Ehrensenators verlieh.

Id. Schwetzingen, 2. Sept. Die Reichsbahnverwaltung hat für den Umbau des Schwetzingener Bahnhofs Mittel bereitgestellt und die Arbeiten kürzlich ausgeschrieben. Es ist bezeichnend, daß aus ganz Deutschland Offerten eingelaufen sind. Bei der gestrigen Eröffnung der Angebote wurde festgestellt, daß insgesamt 150 bis 180 Offerten vorliegen. Am Äußersten des Bahnhofsgebäudes wird nichts verändert. Der Umbau betrifft ausschließlich die Innenräume.

Id. Bruchsal, 2. Sept. Zu dem Anschlag auf Rechtsanwalt Dr. Duttenhöfer wird noch berichtet: Bei der genauen Untersuchung ergab sich, daß die Stiche ungefährlicher Natur sind, da sie nur Haut- und Weichteile verletzten. Der Kopfschmerz wurde durch die Hutmütze gemildert und der Rücken durch den Hosenknopf abgefangen. Kein persönliche Differenzen scheinen den Grund zur Tat abgegeben zu haben. Rechtsanwalt Dr. Duttenhöfer vertrat die Frau des Wärs im Scheidungsprozeß. Wärs, der wegen Trunksucht bereits der Wieslocher Anstalt übergeben war, wurde noch im Laufe des Abends verhaftet.

Id. Ettlingen, 2. Sept. Unerwartet rasch starb in den Mittagstunden des Mittwochs die Oberin des St. Elisabethenhauses, Schwester Wilfrieda, die ein Alter von 64 Jahren erreichte, deren letzte 11 Jahre dem Wirken in dem genannten Hause gehörten.

Id. Kenzingen, 2. Sept. Die evangelische Gemeinde in Wagenstadt, die seit über 200 Jahren mit den dortigen Katholiken das Gotteshaus gemeinsam benutzt, wird sich jetzt eine eigene neue Kirche erbauen.

Id. Wolfach, 2. Sept. Mittwoch vormittag brach im Heinerbauernhof in Schapbach Feuer aus, das, trotz des raschen Zurstellers der Feuerwehr, in ganz kurzer Zeit den Hof vollständig einäscherte. Das Vieh konnte gerettet werden, während das sonstige Inventar verbrannt ist. Als Brandursache wird Kaminbrand angenommen.

Id. Sulben bei Freiburg, 2. Sept. Pfarrer Anton Käfer konnte letzter Tage sein 40jähriges Priesterjubiläum feiern.

Id. Waldshut, 2. Sept. In das Amtsgefängnis wurde der Inhaber der Firma J. Bartholomä, Kraftfahrzeuge- und Nähmaschinenvertrieb in Gurtweil eingeliefert. Johann Bartholomä betrieb seit einigen Jahren in Gurtweil ein Unternehmen, dem er weder in kaufmännischer noch in technischer Hinsicht gewachsen war. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er in zahlreichen Fällen Wechsel über Einzelbeträge von 50 bis 200 RM. auf Personen ausgestellt hatte, die zwar existierten, aber mit ihm in keinerlei Geschäftsverbindung standen und ihre Unterschriften gefälscht hatte. Man schätzt, daß er sich insgesamt 40 000 RM. auf diese Weise verschafft hat.

Id. Zell a. S., 2. Sept. Pfarrer Dr. Andreas Lehmann in Neuershausen ist infolge einer Herzlähmung im Freiburger Krankenhaus plötzlich verstorben. Geboren am 1. November 1870 wurde er im Juli 1897 zum Priester geweiht und wirkte seit Oktober 1904 in segensreicher Tätigkeit als Seelsorger in Neuershausen.

Id. Bonndorf, 2. Sept. Unter starker Beteiligung im wesentlichen aus den Bezirken des Oberlandes fand am Samstag und Sonntag das Dritte Badische Freischießen in den umgebauten Schießständen des Kleinalber-Schießens Vereins Bonndorf statt. Die Leitung der Schießleiter und Schützenmeister leitete Müller, Durlach. Der Verband zählt gegenwärtig 128 Abteilungen mit über 4000 Schützen. Die badische Regierung hatte zu der Tagung einen Vertreter entsandt. Offenburg wurde als nächster Ort für das Landeschießen bestimmt.

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. September 1931 im Lande Baden verzeichnet mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Emmendingen	Forchheim
Mannheim	Mannheim-Sandhofen
	Schweinepest:
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Kürzell, Schweighausen, Seelbach
Mannheim	Mannheim-Heidenheim, Mannheim-Käfertal, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Sedenheim, Mannheim-Wallstadt, Altkirchheim, Ebingen, Ketsch, Ladenburg, Redarhausen, Ostersheim, Schwiesheim
Mehlitz	Hohdorf
Pforzheim	Düren
Kaubersbachschloßheim	Impfingen, Königheim
Weinheim	Hohenjachsen

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt: Die Polizeinspektoren Wilhelm Scharp in Karlsruhe und Joseph Frisch in Baden-Baden zu Polizeioberinspektoren, die Gendarmeriehauptwachmeister August Köhler in Geisingen (Amt Donaueschingen) und Oskar Mayer in Hitzingen (Amt Engen) zu Gendarmerieoberwachmeistern, Polizeihauptwachmeister Edwin Faschian in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit: Gendarmerieoberwachmeister Richard Martin in Sulzfeld.

Zur Ruhe gesetzt: Gendarmerieoberwachmeister Verthold Zimmermann in Mengen auf Ansuchen, Polizeisekretär Adam Schilling in Mannheim, Cäcilie Späth, Bademeisterin am Augustabad in Baden-Baden.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Erster Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Albert Schönig in Karlsruhe, Oberpfleger Karl Scherer an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Gestorben: Bezirksbaumeister i. e. R. Wilhelm Glormann in Wolfach.

Badisches Landestheater
lädt ein zur
Platzmiete
1931-32

Die neuen Preise:

I. Rang Loge u. Balk., Sperrs. I. Abt. 99 RM. • Sperrs. II. Abt. 91,50 RM. • Sperrs. III. Abt., II. Rg. Mitte I. Abt. 84 RM. • II. Rang Mitte II. Abt., II. Rang Seite I. Abt. 72 RM. • II. Rang Seite II. Abt. 66 RM. • III. Rang Mitte 57 RM. • in bequemen Ratenzahlungen

Jeder kann auch in wirtschaftlich schwerer Zeit zu diesen günstigen Bedingungen Dauerbesucher sein

4 Mieten (B, C, E, G) beweglich, an verschiedenen Wochentagen und Sonntagen

3 Mieten an festen Tagen:

A — Mittwochs (namentlich für Auswärtige)
D — Donnerstags
F — Freitags

Alle Auskünfte an der Kasse des Landestheaters

2.387

Auch Sie werden staunen
welch große Auswahl Sie vorfinden in
Schlaf- und Speisezimmer
poliert und eichen sowie
KÜCHEN L.388
in nur guter Qualität zu unerwartet billigen
Preisen im Möbelhaus mit eigener Schreinerei
CH. SITZLER
Kein Laden. — Ludwig-Wilhelm-Strasse 17
Auf Wunsch weitgehende Zahlungsvereicherung

N.140. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Johann Fischbach, Inhaber eines Finanzierungsinstituts in Karlsruhe, wurde der bisherige Konkursverwalter, Rechtsanwalt Dr. Wuz in Karlsruhe, auf seinen Antrag von diesem Amt enthoben und Rechtsanwalt Eigmund Weder in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 235, zum Konkursverwalter bestellt. Karlsruhe, den 1. September 1931. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts A 9.

Gommer-Operette
im Städt. Konzerthaus
Freitag, den 4. Sept. 1931
Peppina
Operette von Robert Stolz
Dirigent: Hilger
Regie: Reizner
Mitwirkende:
Leberer, Schnitzer, Jant, Mader, Seibold a. W., Köfer, E. Rivinius
Anfang 20 Ende 23
Preise 1-4 RM

Staats- und Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der
KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Druck G. Braun, Karlsruhe.